

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 249.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 23. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Wenn wir nach der Wahrheit forschen, so pflegen wir uns doch nicht nach der Meinung der Mehrheit zu erkundigen.

Umschau.

Der Bürgerkrieg in China. — Die indische Freiheitsbewegung. — Konferenz der britischen Dominions. — Brasilien im Aufbruch. — Polen ruft zum Krieg. — Gustav Hervé gegen das Versailler Diktat. — Und die Wilhelmstraße?

Die Welt ist in Unruhe. Trotz Kelloggspakt und Völkerbund ist es um den sogenannten Weltfrieden zweifelhafter denn je bestellt. Den Pazifisten draußen in der Welt beginnt es zu dämmern. Die Führer der englischen Friedensbewegung geben offen zu, „es sei ihnen nicht gelungen, wirksame Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu finden. Wenn heute ein Krieg ausbrechen, so gäbe es keine Organisation, die ihn verhindern könne.“

Das ist eine Erkenntnis, die gerade von dem einseitig entwaffneten Deutschland nicht tragisch genug genommen werden kann. Nichts wäre unverantwortlicher, als leichtsinnig die Schulter zu zucken und die Möglichkeit eines Kriegsausbruches ins Reich der Phantasie zu verweisen. Daß Deutschland — auch in seinen nationalistischen Teilen — keinen Krieg will, ist selbstverständlich. Aber nach Deutschlands Wunsch und Willen wird nicht gefragt. Das entwaffnete Deutschland ist nichts anderes als eine weltpolitische Null, bestenfalls ein wehrloser Spielball in den Händen der anderen. Deutschland will keinen Krieg. Aber in der Welt gärt es. In China schreit zwar der Bürgerkrieg vorerst wieder einmal von dem latkräftigen Tschiangkaischek niedergeworfen zu sein; aber der Vergleich, der zwischen Ranking (Tschiangkaischek) und Fong (Tschiangkaischek) zustande gekommen ist, mahnt zur Vorsicht. Fongs politische Vergangenheit ist eine zu ränkevolle, um ihm nicht zu vertrauen zu müssen, daß er bei nächster ihm passender Gelegenheit aufs neue gegen Ranking losschlägt. Letzten Endes war ja der Bürgerkrieg zwischen Ranking und Peking (Fong) nichts anderes als ein Kampf zwischen dem amerikanischen Dollar und dem japanischen Yen. Aber der amerikanische Dollar hat sich bis dahin stärker erwiesen als der japanische Yen. Es ist ja doch immer wieder der alte japanisch-amerikanische Gegensatz, der am Gelben Meer zusammenstößt. Amerika sucht nicht nur einen großen chinesischen Aufnahmemarkt für seine wirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern es will auch ein möglichst starkes, zentral geeintes China, um Japans Streitkräfte in Ostasien festzulegen. Japan dagegen will ein uneiniges, zerstückeltes China, zumindest einen japanfreundlichen chinesischen Pufferstaat, der von Peking über Mukden bis an die russische Grenze reicht. Und so rollte bei den langwierigen Kämpfen zwischen Tschiangkaischek und der unbotmäßigen Nordregierung der amerikanische Dollar in Ranking und der japanische Yen in Peking. Aber der Dollar hat vorerst den Sieg davongetragen. Schon aber werden Versuche Moskaus gemeldet, die kommunistischen Bevölkerungsteile Chinas — wie schon früher — gegen die Rankingregierung aufzuputchen, so daß wir es im Augenblick noch für verfrüht halten, den chinesischen Bürgerkrieg als vollständig abgeschlossen zu registrieren.

Auch in Indien gärt es weiter. Die Einigungsversuche zwischen der englischen Regierung und Gandhi sind ja bekanntlich auf der ganzen Linie gescheitert. Die Nationalistenführer Nariman und Pandit Motilal Nehru haben sogar behauptet, daß die nationalistiche Bewegung Indiens ein eigenes Gerichtswesen ins Leben rufen solle. Es sind dies dieselben Methoden, die in Irland vor Schaffung des irischen Freistaates angewandt worden sind. Aber Englands Sorgen beziehen sich bei weitem nicht allein auf Indien. Denn wie die zur Zeit in London tagende Konferenz der britischen Dominions gezeigt hat, bestehen auch zwischen den anderen englischen Herrschaftsgebieten und London sehr beträchtliche Spannungen. Vor allem ist es der Vorstoß gewesen, den Kanada im Einverständnis mit anderen wichtigen Dominions gemacht hat und der auf die Schaffung von Zollschranken gegen das britische Mutterland hinausläuft. Daß sich England hierüber sehr große Sorgen macht, ist zu begreifen, zumal, wenn man bedenkt, daß sich der Vorstoß Kanadas ganz unmissverständlich gegen die englische Industrie richtet und daß die Konferenz der britischen Dominions ja gerade von London zu dem Zwecke einberufen wurde, um angesichts der großen englischen Arbeitslosennot neue Absatzmöglichkeiten für die heimische Industrie zu schaffen. Wenn

die Konferenz auch zweifellos, wie das so üblich ist, rein äußerlich mit einem „vollen Erfolge“ abschließen wird, so scheint die wirtschaftliche Einheit des britischen Weltreiches doch bereits heute aufs ernsteste gefährdet, was ganz selbstverständlich auch für das politische Band des Empire keine allzu rosigten Aussichten eröffnet.

Die südamerikanische Revolutions-Serie scheint mit dem Bürgerkrieg in Brasilien ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Während es sich bei der Revolution in Argentinien um einen — zweifellos von den Nordamerikanern begünstigten — Kampf gegen einen yankeefreundlichen Präsidenten handelte, so haben wir es in Brasilien mit einem nationalistischen Aufbruch zu tun, der den yankeefreundlichen Herrscher von seinem Präsidentenstuhl hinwegfegen möchte. Nordamerika ist ja schon seit Jahr und Tag dabei, Brasilien immer mehr mit dem Dollar-Kapital der Wallstreet zu durchdringen und dieses reiche Land zu einer Wirtschaftskolonie des Yankeeimperialismus zu machen. Ist doch das brasilianische Staatsgebiet mit seinen 32 Millionen Einwohnern beinahe 17-mal so groß wie das Deutsche Reich! Und verfügt es doch über sehr reichliche ungenutzte Bodenschätze und über unermeßliche, brachliegende Bodenschätze, deren Fruchtbarkeit über alle Zweifel erhaben ist. Und so nimmt es nicht wunder, daß heute nicht weniger als eine halbe Milliarde nordamerikanischer Dollar in der brasilianischen Industrie investiert sind und daß die in Nordamerika untergebrachten brasilianischen Regierungsanleihen ebenfalls eine halbe Milliarde Dollar betragen. Die Wallstreet hat ja bekanntlich auch mit ihren Dollars die Preise für Kaffee, Gummi, Reis, Zucker usw. hochzuhalten versucht. Aber diese Aktion ist in dem Wirrwarr der brasilianischen Revolution vollständig zusammengebrochen, die Preise sind in katastrophaler Weise gestürzt, die Wirtschaftskrise verschärfte sich und so bekamen die Unruhen in Brasilien auch von der rein sozialen Seite her einen weiteren Auftrieb. Daß unter all diesen Gesichtspunkten die Regierung von Washington auf Seiten des brasilianischen Präsidenten steht, ist ganz selbstverständlich. Es verteidigt mit diesem yankeefreundlichen Präsidenten ja nicht nur seine in Brasilien angelegten Dollar-Milliarden, sondern auch seine Hoffnungen, die es auf Brasilien als Exportmarkt und Rohstoffquelle setzt. Die Revolutionsberichte aus Brasilien sind so widerspruchsvoll, daß sich ein klares Bild über den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht gewinnen läßt. Aber der Sieg wird dem gegenwärtigen Präsidenten — sofern nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten — sicher sein. Dafür sorgen schon die Maschinengewehre, die Granaten und Bombenflügezeuge Nordamerikas.

Gerade wie wir über die Brandherde im fernen Osten und in Südamerika berichten, geht uns ein Brief von einem „Aufwärts“-Leser zu, der uns einen Auschnitt aus einer polnischen Zeitung schickt und uns darauf hinweist, wie auch in unserer unmittelbaren Nähe sich die politischen Wetterwolken immer unheilvoller zusammenziehen. Und zwar handelt es sich um keine x-beliebige polnische Zeitung, sondern um die Zeitschrift „Mocarstwo“ („Großmacht“), die von der polnischen Großmacht

herausgegeben wird und unter der geistigen Führung des polnischen Diktators Pilsudski steht. In dieser — also gewissermaßen amtlichen — polnischen Zeitschrift steht wörtlich zu lesen:

„Wir wissen, daß der Zusammenstoß zwischen Polen und Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch vorbereiten. Die heutige Generation ist dazu berufen, erneut den großen Namen Polens nach Tannenberg zu wiederholen, und zwar eines neuen Sieges bei Tannenberg, der in den Vorstädten Berlins errungen wird, damit die Niederlage Deutschlands in das Zentrum des Preußentums trifft. Unser Ideal ist Polen im Westen mit der Oder und der Neise zu begrenzen und in den Bereich der polnischen Republik ganz Preußen mit der Spree einzubeziehen. Vorwärts nach Westen, ist in diesem Augenblick die Forderung für das ganze polnische Volk.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Wir sind verpflichtet, unsere Soldaten so zu erziehen, daß sie wissen, sie kämpfen für Jahrtausende großer Vergangenheit und für Jahrtausende großer Zukunft. In einem Kriege mit Deutschland werden wir keine Gefangenen machen und in einem solchen Kriege wird kein Platz für menschliche Gefühle sein, weder für die Feinde, noch für uns selbst. In dem nächsten Kriege gegen Deutschland werden wir die Welt in Erstaunen setzen. Unerhörte und blutige Opfer sind nötig, um die Schande der Bedrückung wegzuwaschen, mit der uns die Deutschen früher bedrückten. Wir, die Großmächte, haben die Aufgabe, in die polnische Armee den Geist des unerbittlichen Kampfes bis zum Fanatismus und bis zur Grausamkeit zu tragen. Vom heutigen Tage bis zum Tage des nächsten Grunewald (Tannenberg) wird jede Nummer unserer Zeitschrift dem Kriege mit Deutschland gewidmet sein.“

Kein Wunder, daß nun selbst ein Mann wie der berühmte Deutschhasser Gustav Hervé vor einem solchen Polenstaat das Grauen bekommt und in seiner Zeitung „La Victoire“ die Rückgabe des sogenannten „Korridors“ an Deutschland und militärische Sicherungen Deutschlands gegen Polen verlangt. Auch sonst überall in der Welt wächst der Widerpruch gegen das todbringende System des Versailler Diktates. Tag für Tag fordern ausländische Zeitungen und Politiker die Revision der unhaltbaren Friedensdikate in der richtigen Erkenntnis, daß die europäische Krise dem Chaos zutreibt, wenn ihre Hauptursache, nämlich das Versailler Diktat und die anderen Friedensverträge, nicht baldigst einer gründlichen und vernünftigen Korrektur unterzogen werden. Nur die deutsche Außenpolitik scheint von allen diesen hoch bedeutsamen Vorgängen keine Notiz zu nehmen und seit der Schlappete, die ihr der nun doch nicht zurückgetretene Außenminister Dr. Zaunius (Bergl. „Umschau“ Nr. 243) beigebracht hat, vollends von der weltpolitischen Bühne verschwunden zu sein. Die Wahlen vom 14. September sind vielfach als „Wahlen politisch Unreifer“ und dergleichen bezeichnet worden. Das ist leichtes Geschwätz. Dr. Zaunius hat sie in Amerika viel richtiger als die erste Auslegung des deutschen Volkes gegen die unwürdige Behandlung“ bezeichnet, die uns seit 1918 seitens der Siegerstaaten zuteil geworden ist. Es gibt keine bessere Agitation für den extremen Nationalismus als die weitere Fortsetzung einer so farblosen Außenpolitik, wie sie die Wilhelmstraße betreibt, wie sie aber von dem deutschen Volke und insbesondere von der deutschen Jugend nicht mehr verstanden wird.

Mac Fadden für Herabsetzung der Tribute.

Das Fiasko des Youngplanes.

— London, 20. Okt. Der Abgeordnete Louis Mac Fadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Bank- und Währungswesen, hat dem Vertreter der New Yorker „Daily Investment News“ ein Interview gegeben. In diesem erklärte er, daß Deutschland einer schweren wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Es müsse irgendetwas getan werden, um die Verhältnisse günstiger zu gestalten. Jetzt sei es Zeit, an diese Frage offen heranzugehen. Anleihen von ausländischen Banken, die dazu bestimmt wären, frühere Schulden zu bezahlen, bedeuten nichts weiter als eine Verzögerung. Ein Moratorium oder eine Herabsetzung der Zahlungen des Youngplanes sei sofort notwendig. Da die Alliierten auf der vollständigen Zahlung der gegenwärtigen Reparationen bestünden, so sei der einzige Ausweg, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine großzügigere Haltung zeigten.

Die Auflösung des preussischen Landtags abgelehnt.

Auch der Christliche Volksdienst für Braun.

Im Preussischen Landtag wurde heute nachmittag der Antrag auf Auflösung des Landtages mit 210 gegen 189 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Landvolkpartei, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, gegen den Antrag, also für die Regierung, die Christlich-sozialen, die Volksrechtspartei und die aus ihrer Fraktion ausgetretenen Kommunisten, sowie natürlich geschlossen die Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

Englische Urteile über den Nationalsozialismus.

Über den starken Eindruck, welchen die letzte Reichstagswahl im Ausland hervorgerufen hat, ist auch im „Aufwärts“ schon kurz berichtet worden. Es ist aber gerade jetzt außerordentlich interessant, etwas ausführlicher die Urteile kennen zu lernen, welche der gewaltige Sieg der nationalsozialistischen Partei in den englischen Blättern hervorgerufen hat. Diese Urteile gehen weit auseinander.

So schreibt Hamilton in „Time and Tide“: „Der Nationalsozialist ist ausschließlich Antisemit. Er ist ganz offen für „Judenhetze“. Seine Partei erklärt in ihrem offiziellen Programm, daß sie den materialistischen, jüdischen Geist bekämpfen will und einer der 25 Punkte des Programms ist der, daß kein Jude deutsches Bürgerrecht haben darf. Alle Juden würden, wenn die „Nazis“ ihren Willen bekämen, nicht nur eines großen Teiles ihres Eigentums beraubt werden, sondern sie würden hinfort auch als Fremde behandelt werden. Ihr Programm fordert ferner, daß alle Juden und Nichtdeutsche aus Stellungen öffentlicher Autorität entfernt werden. Ja, es wird vorgeschlagen, daß alle Juden und Nichtdeutsche, welche seit dem Ausbruch des Krieges in Deutschland ihre Heimat gefunden haben, aufgefordert werden sollten, fogleich wieder auszuwandern.“ (?)

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ sagt von den Nationalsozialisten: „Sie hatten eine Zeitlang einen ausgesprochenen faschistischen Charakter und aus diesem Grunde bekamen sie finanzielle Hilfe von Großindustriellen, von Großgrundbesitzern und sogar von manchen Vertretern des alten Adels. Die, welche ihnen Geld in der Hoffnung gaben, sie würden für eine Art faschistisches Militär sorgen, welches der Reaktion in Zeiten der Unruhe zur Verfügung stünde, haben eine schwere und wohlverdiente Enttäuschung erfahren, denn die „Nazis“ sind allmählich eine revolutionäre Partei geworden, die soweit geht, daß sie die Enteignung der deutschen Landbesitzer fordert (?). Unwissend, fanatisch, gewöhnlich und barbarisch, wie so viele in ihren Worten und Taten sind, und so gänzlich wertlos wie ihre Führer, besonders der österreichische Charlatan (!?) Die Schriftleitung.) Hitler, sein mögen, es ist doch viel von dem eigenartigen deutschen „Sturm und Drang“ in der Bewegung, dazu Tiefen von glühend heißem Idealismus. In den letzten wenigen Wochen ist die Bewegung übergehocht, so daß sie über die Köpfe ihrer Führer hinaufschäumte. Diese bieten in ihrer Freude über den Wahlsieg und in der Verwirrung, was sie mit diesem Sieg machen wollen, gegenwärtig ein außerordentlich komisches Schauspiel.“ (!?) Die Schriftleitung.)

Dagegen ist nun Lord Rothermere, der Nachfolger von Lord Northcliffe in „Daily Mail“ („Foreign Affairs“ sagt geradezu als Vorkämpfer für Hitler und ein hitlerisiertes Deutschland) aufgetreten. Wir geben die in der Kürze ja schon bekannten Äußerungen im folgenden ausführlicher. Es heißt da: „Diese jungen Deutschen (Rothermere sieht die Bewegung einseitig als Jugendbewegung an) haben sich selbst organisiert, um an den

Angelegenheiten des Landes tätigen Anteil zu nehmen. Sie haben entdeckt, so wie es zu meiner Freude jetzt die jungen Leute in England auch entdecken, daß es nicht gut ist, den alten Politikern zu trauen. Infolgedessen haben sie, wie ich es auch von unserer britischen Jugend wünschen möchte, eine eigene parlamentarische Partei gebildet. Wir müssen unsere Meinung über Deutschland ändern. Bis jetzt haben wir Deutschland wie einen Kriegsgefangenen angesehen. Es ist nicht frei, so wie andere Nationen frei sind. Wir haben die Erlangung seiner vollen nationalen Freiheit abhängig von der Erfüllung von Zahlungen und Bedingungen gemacht, welche Deutschland durchaus gegen seinen Willen aufgezwingen worden sind. Bis jetzt sind diese Forderungen unter Protest erfüllt worden. Welche Macht ist im Stande, diese Erfüllung durchzusetzen? Ist es weise, daß wir auf dem äußersten Buchstaben des Gesetzes bestehen? Die ältere deutsche Generation sehen wir als unsere Feinde an. Wissen wir uns auch die jüngere Generation zu Feinden machen? Wenn wir es tun, dann wird es für Europa früher oder später ein schreckliches Erwachen geben. Die neue Bewegung sollte als ein Bollwerk gegen den Kommunismus bewillkommen werden (Die Angst vor dem Kommunismus ist wohl die eigentliche Ursache der veränderten Stellung Lord Rothermeres). Die Alliierten sollten sie dadurch belohnen, daß sie einer Revision des Versailler Vertrages zustimmen. Wenn man einer Masse von über 70 Millionen patriotischen und außerordentlich fähigen Männern und Frauen mitten in Europa einem dauernden Bewußtsein, unter Ungerechtigkeit zu leiden überläßt, so ist das eben so, als wenn man einen Gasbahn in einem ungelüfteten Raum offen läßt. Früher oder später muß es dann zu einer Explosion kommen. Die Alliierten sollten es in ihrem eigenen Interesse zu ihrer Aufgabe machen, die dichtgeschlossenen Fenster zu öffnen, hinter welchen das deutsche Mißbehagen (resentement) sich anhäuft. Es gibt verschiedene Punkte in der gegenwärtigen Lage Deutschlands, wo eine direkte Verhandlung zwischen Deutschland und den Staaten, die hier besonders in Betracht kommen, eine ernsthafte Gefahr internationaler Unruhe entfernen könnte. Die andauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen ist nur ein Beispiel. Ich glaube, daß die Ursache dieser Ver Stimmung entfernt werden könnte, wenn die deutsche Regierung im Austausch gegen Konzessionen durch die Polen die Bürgschaft für die östliche Grenze Polens gegen das bolschewistische Rußland übernehmen würde.

Das Haupt der Northcliffe-Presse, einer Presse, welche mehr verantwortlich als irgendeine andere Zeitungs macht für die Auferlegung eines Straffriedens gewesen ist, sagt „Foreign Affairs“ ärgerlich, greift jetzt den Völkerbund an, weil er Deutschland diesen Straffrieden auferlegt hat. Es heißt nämlich weiter in „Daily Mail“: „Die zynische Gleichgültigkeit, womit die Weissen von Genf über die Leiden der ungarischen Minorität in Rumänien und der Tschechoslowakei hinweggegangen ist, zeigt, wie wenig man sich auf den Völkerbund verlassen kann, wenn

es gilt, die internationalen Ungerechtigkeiten, welche das Angeficht Europas noch überschatten, wegzuräumen. Ein kraftvolles, patriotisches Volk, wie die Deutschen, wird sich niemals damit begnügen, seine nationalen Ziele der Gnade des Völkerbundes zu überlassen. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß Deutschland, wenn eine nationalsozialistische Regierung zur Macht kommt, unter der kräftigen Führung dieser Partei selbst den Weg zur sofortigen Zurücknahme der schlimmsten Ungerechtigkeiten zeigen wird. Deutschland würde dann mehr als die Vereinigung mit Oesterreich erreichen, es würde noch bestimmt Bündnisse dazu bekommen. Es würde nicht nur die 3 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei zusammen mit 3 Millionen Ungarn in der Tschechoslowakei und Rumänien in sein Machtbereich bringen, sondern sehr wahrscheinlich auch die ungarische Nation selbst. Als ein Resultat solcher Entwicklungen würde die Tschechoslowakei, welche so systematisch den Friedensvertrag verletzt hat, sowohl durch ihre Unterdrückung der Minorität, als durch die Weigerung, ihre Rüstungen zu reduzieren, über Nacht aufhören zu existieren. Ich halte dies für eine durchaus mögliche Eventualität der Zukunft, so sehr ich es eigentlich bedauern sollte, daß die Propaganda, welche durch meinen Bruder, den verstorbenen Lord Northcliffe und durch mich selbst während des Krieges geführt wurde, hauptsächlich dafür verantwortlich war, daß der Staat der Tschechoslowakei überhaupt ins Leben trat. Die Konzentration der Deutschen, so wie ich sie eben angegeigt habe, würde in der Mitte Europas ein Volk von über 100 Millionen sammeln. Auf solche Weise würde das Unglück des Krieges dank der bewußten Blindheit der alliierten Mächte Deutschland zu der Gründung einer politischen Macht gebracht haben, die ebenso gewaltig wäre, als wenn Deutschland siegreich gewesen wäre. Vor zwölf Monaten schon habe ich die britische Regierung gedrängt, sie solle an Deutschland alle die afrikanischen Kolonien zurückgeben (mit Ausnahme von Deutsch-Südwest-Afrika), welche wir ihm während des Krieges genommen haben. Ich halte dies noch für außerordentlich wünschenswert. Wir haben schon mehr tropischen Besitz in Afrika, als wir fähig sind zu entwickeln und einige von ihnen sind für die britische Finanz eine ständige Last. Deutschland einige seiner früheren Kolonien zurückzugeben, würde eine Geste der Freundschaft bedeuten, welche England nichts kosten würde (!). „Und was wird Frankreich zu all dem sagen?“ fragt „Foreign Affairs“ wieder verdrießlich und fügt hinzu: „Lord Rothermere nimmt nur seinen Hut gegen Frankreich ab und sagt weiter nichts, als daß es all das Land, welches es durch den Friedensvertrag erhalten habe, behalten dürfe.“ Die Mißachtung Frankreichs und zwar durch Lord Rothermere nennt „Foreign Affairs“ mindestens ebenso bezeichnend wie all die anderen Ausführungen.

„Foreign Affairs“ selber traut den starken und fähigen Händen des Präsidenten v. Hindenburg. Er könne keine Ursache haben, die „Nazis“ zu begünstigen, nachdem sie ihn so wenig respektvoll behandelt hätten und er habe immer die unerschütterliche Absicht gezeigt, sein Land vor gefährlichen Abenteuern zu retten. Er sei unter der Verfassung auch immer noch frei, mit der Bildung einer Regierung diejenigen, welche er wolle, zu betrauen. Etwas rätselhaft ist der Satz, daß die Wahlen eine totale Niederlage des Deutschland Kaiser Wilhelms II., Bismarcks und Bülowens bedeuteten. Inzwischen seien ja an

Im Afrikanischen Zwischenseengebiet.

Schluss.

4. Die Mission.

Ruanda war einst ein hoffnungsvolles Land für die deutsche Missionsarbeit. Die evangelische Bethelmission der Bodelschwingschen Anstalten und die katholische Mission der weißen Väter weiteten sich miteinander, das Volk unter den Einfluß des Christentums zu bringen. Der Krieg hat hier große Veränderungen mit sich gebracht.

Am wenigsten durch ihn gelitten hat wohl die katholische Mission. Dank ihrer internationalen Organisation wurde das Missionswerk alsbald unter französische Leitung gestellt. Eine große Reihe deutscher Patres durften unter ihr im Lande bleiben und so die in jahrelanger Arbeit gewonnene Erfahrung für das Land ausnutzen. Zur Zeit hat die Mission der weißen Väter 12 Stationen im Lande, die von Europäern, und 2, die von eingeborenen Patern besetzt sind. Wenn man bedenkt, daß wohl auf jeder Station neben etwa 3 Patres und einem alten Bruder noch 4-5 Schwestern stehen, bekommt man einen Eindruck von dem Ernst, mit dem die katholische Christenheit an die Eroberung dieses Landes geht. Es war ein deutscher Pater, der mich in der Hauptstation Kabanga, dem Sitz des Bischofs, in außerordentlich freundlicher Weise durch sein besonderes Arbeitsgebiet, das Priesterseminar führte. Hier werden etwa 45 schwarze Zöglinge, die zuvor 6 Jahre das Seminar besucht haben, in weiteren 6 Jahren für die Priesterweihe vorbereitet. Fünf europäische Patres sind ihre Lehrer. Schon dieses Zahlenverhältnis macht deutlich, mit welcher Gründlichkeit offenbar diese Erziehungsarbeit getrieben wird. Natürlich erreichen längst nicht alle Zöglinge das Ziel, aber die meisten werden doch jedenfalls eifrige Förderer der katholischen Mission im Lande werden. Die Schulzimmer, den Studierraum mit den einfachen Schreibtischen, die kleine Buchbinderei, die Schlafräume mit den Einzelstühlen und die Kapelle fand ich alle ebenso schlicht wie praktisch eingerichtet. Es liegen freilich zwei Fragen bei dieser Besichtigung unwillkürlich in mir auf. Werden diese jungen Männer, die 2 Jahre Philosophie und 4 Jahre Theologie zum Teil in lateinisch und französisch studieren, nicht rettungslos ihrem Volk entfremdet, dessen Hauptmasse doch bis heute noch nicht lesen und schreiben kann? Wir

wenigstens würde ein etwas niedriger gestecktes Lehrziel tatsächlich mehr für das ganze Land und seine Bewohner zu bedeuten scheinen. Die andere Frage ist die: Ist man wirklich auf Jesu Spuren, wenn auch für einen Wanyarunda im ganzen ein 12-jähriges Studium nötig ist, um das Wort Jesu zu verkündigen und sein Sakrament zu verwalten? Ich weiß sehr wohl, daß die katholische Kirche prinzipiell nicht anders handeln kann. Aber mir scheint, daß jedem Protestanten gerade solch ein Priesterseminar in einem eben von der Kultur berührten Volke zeigen muß, daß irgendwo im Prinzip und System der katholischen Kirche ein Fehler vorhanden sein muß.

Im Gegensatz zur katholischen Mission hat die evangelische Mission großen Schaden gelitten. Die Mitarbeiter der deutschen Bethelmission mußten sämtlich das Land verlassen. Bis heute ist ein Wiederbeginn ihrer Arbeit dort unmöglich gewesen. Bedauerlich ist, daß eine allerdings verhältnismäßig kleine Adventisten-Mission die Abwesenheit der deutschen Missionare benutzt hat, um Verwirrung in die Reihen der evangelischen Wanyarunda zu tragen. Doch glaube ich, daß dies jetzt überwunden ist. Die Adventisten haben noch jetzt 2 Stationen im Lande, die von Schweizern und Amerikanern besetzt sind.

In jener Zeit, in welcher England den Osten Ruandas besetzt hatte, begann die englische Kirchenmission (C. M. S.) dort ihre Arbeit auf der Station Kahini, die noch heute besteht. Im dortigen Hospital, das im Zentrum der Hungersnot lag, hat man wohl den größten Eindruck von diesem Landesunglück erhalten. Bei meinem Besuch fand ich eine große Bauarbeit vor. Durch die hunderte von schwarzen, undisziplinierten Menschen, die täglich dort durchkamen, ist das Hospital völlig demoliert worden. Eine Knaben- und eine Mädchen-erziehungsstätte sind im Entstehen begriffen. Die Anlage von 1 oder 2 weiteren Stationen im Osten und Süden des Landes ist für die nächste Zeit geplant. Die englischen Missionare haben auch alsbald erkannt, wie nötig es ist, evangelische Literatur in Ruanda zu schaffen. Sie haben einen besonderen Missionar mit dieser Arbeit betraut. Daß er die vorhandene deutsche Botschaft nicht benutzt hat, mag uns merkwürdig erscheinen, noch verwunderlicher ist etwas anderes. Er hat nämlich seinen Sitz nicht in Ruanda, sondern in Ankole auf der Station Kobale. Daß er dort, außerhalb des Sprachgebietes, um

das es sich handelt, Bücher in wirklich gutem Ruanda schreiben kann, wird für einen Deutschen immer ein Rätsel bleiben. Der Engländer denkt in solchen Sachen bekanntlich großzügiger; ob freilich auch richtiger, das steht dahin.

Die Verwalterin der ehemaligen deutschen Bethel-Missionsstationen ist zur Zeit die belgische evangelische Mission. Sie hat freilich drei der alten Stationen, nämlich Dzinga, Rukira und Idschwi, völlig aufgegeben. Dagegen hat sie die drei Stationen Remera, Kirinda und Rubengera mit vier Missionarsfamilien und zwei Schwestern besetzt. Ich durfte auf allen drei Stationen zu Gast weilen und manchen Christen begrüßen, der sich noch mit Dankbarkeit seiner alten Missionare erinnert, die ihm das Wort Gottes zuerst gebracht haben. Auf allen drei Stationen fand ich eine Menge von Christen und Taufbewerbern vor. Beim Sonntagsgottesdienst in Kirinda waren etwa 1500 schwarze Menschen versammelt und mir wurde versichert, daß dies der gewöhnliche Besuch sei. Die Schule in Remera wird täglich von etwa 600 Kindern und Erwachsenen besucht. Die Stationen liegen alle im dichtbevölkerten Westen und die Bewohner der Gegend sind willig, sich dem dargebotenen Wort zu öffnen. So ist eine große und schöne Missionsgelegenheit vorhanden. Der Vergleich der Mitarbeiterzahl gegenüber der katholischen Mission zeigt allerdings klar, wie schwach die evangelische Mission zur Zeit ist. Es fehlt der belgischen Mission nach ihrer eigenen Aussage an personalen und finanziellen Hilfsmitteln. Darunter leidet naturgemäß das Erziehungswerk, weil es an Schulmitteln fehlt, wie auch der notwendige Wiederaufbau der Stationen. Der ärztliche Hilfsdienst, der auf allen Stationen geleistet wird, bedarf sehr der wirksamen Verstärkung. Eine soeben im kleinen begonnene Erziehungsarbeit an künftigen Lehrern müßte bald und kräftig gefördert werden. Man wird von den belgischen Mitarbeitern, die ich alle kennen lernte, sagen dürfen, daß sie tun, was sie können, um den großen Anforderungen gerecht zu werden, die an sie gestellt sind. Aber im Blick auf den Andrang der Menschen und die Erfordernisse der Neuzeit, die so rasches Handeln nötig macht, ist die heimatliche Basis dieser Mission wohl zu klein. Ich konnte als evangelischer Christ nicht anders als dem Lande scheiden als mit dem Wunsch, daß ihm recht bald eine durchgreifende missionarische Stärkung geschenkt werden möchte.

Curt Roncke, Missionsinspektor.

der Börse (schon)
Geschäftswelt
bild so abhän
sei, daß bei ein
Deutschland zu
land Sprünge

Ber

Auf dem
helfen möchte
auf der 250
der Bege. D
Der gesamte
den in der
ist eingestürzt
Inneren des
sanden sich
Nachschicht, a
die Beschäftig
mit der Aufhe
war in einem
nehmbar. N
Schacht geleg
her eingebrä

NIEDERLAND
BELGIEN

Sofort
Sanitätskolon
gebung alanc
suchten, den
Arbeit jedoch
auf bestränkt
unglückschach
schütteten, die
daß sie noch
dessen Schwier

Ginziakt
krophe ist die
plosion des
zündung zur
jedemfalls in
nach der Exp
das Verwalt
erken Toten
eines Betrieb
einer im Ver

bot nach der
wüstungen u
liberal Lage
hausen stand
sam zerteilt

Wo zw
bände und d
Förderer m
gewandte Au
noch soweit
massen gehat
die Bergarb
irdischen De
einen Zement
hiet, knitte
Verwaltungs
irdischen Exp
in sich zusam
füllt mehr ab
eine Verkeim
abspielt (a

schildern, wie
Donnerstag
Schachanlage
emporgeschlo
Förderum u
wollen alles

Von der
Tage zeugen
Aug von M
kaufe führen
tion in etwa
durch von gr
wie in einen
genen Stapel
Wacht gegen
körper die
schob. Dem
erschmettert.
äter in etw
glückselig ei
Nach G
erste Hilfe de
über Tage u

n, welche das
räumen. Ein
utschen, wird
len Ziele der
mehr ist es
nationalsozia-
der kräftigen
sofortigen Zu-
zeigen wird.
einigung mit
mit Bündnisse
3 Millionen
n mit 3 Mil-
Rumänien in
wahrscheinlich
Resultat sol-
hei, welche so
somohl durch
h die Weige-
Nacht aufhö-
durchaus mög-
es eigentlich
durch meinen
nd durch mich
hauptsächlich
der Tscheco-
konzentration
habe, würde
00 Millionen
ück des Kie-
erten Mächte
en Macht ge-
onnenn Deutsch-
onaten schon
sie solle an
zurückgeben
, welche wir
n Ich hatte
. Wir haben
wir fähig sind
die britische
ge seiner frü-
die Geste der
nichts kosten
dem sagen?“
und fügt hin-
ut gegen
h es all das
rag erhalten
nreichtes und
ign Affairs“
anderen Aus-

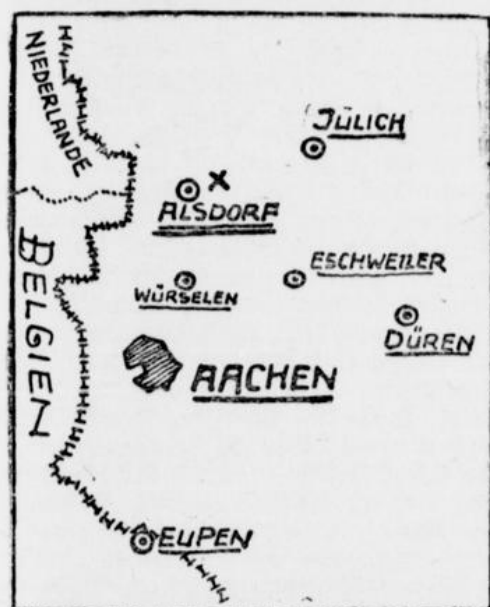
der Börse schon die deutschen Papiere gefallen und die Geschäftswelt wisse, daß Deutschland in diesem Augenblick so abhängig von kurzfristigen Auslandsanleihen sei, daß bei einem allgemeinen Anlauf, Auslandsgeld aus Deutschland zurückzuziehen, die Mark wieder in Deutschland Sprünge abwärts machen würde.

Aus all den Urteilen für und wider geht deutlich hervor, daß für die Nationalsozialistische Partei wie für das Geschick unseres Vaterlandes alles, aber auch alles darauf ankommt, ob sie es versteht, ihre neu gewonnene Macht unter klarer Führung mit Besonnenheit zu gebrauchen. W-m.

Bergwerkskatastrophe bei Aachen.

100 Tote?

Auf dem nördlich von Aachen gelegenen Wilhelmshafen der Grube Anna II bei Alsdorf ereignete sich am 25. Oktober eine verheerende Katastrophe. Die Gewalt der Explosion war ungeheuer! Der gesamte Schachtbau mit dem Fördersturm und den in der Umgebung befindlichen Maschinenhäusern ist eingestürzt. Im Ru war die Verbindung mit dem Innern des Bergwerks unterbrochen. Im Schacht befanden sich die gesamte Frischluft und ein Teil der Nachschicht, also mehrere hundert Bergleute, die durch die Verschüttung des Schachteingangs jede Verbindung mit der Außenwelt verloren hatten. Die Detonation war in einem Umkreis von vielen Kilometern wahrnehmbar. Noch in den eine erhebliche Strecke vom Schacht gelegenen Siedlungshäusern wurden die Fenster eingedrückt und die Dächer abgedeckt!



Sofort nach der Katastrophe wurden sämtliche Sanitätskolonnen und Feuerwehreinheiten der Umgebung alarmiert. Die Rettungsmannschaften versuchten, den Haupteingang bloßzulegen, mußten diese Arbeit jedoch bald wieder einstellen und sich nun darauf beschränken, von den Nachbargruben her in den Unglückschacht einzudringen. Die Rettung der Verschütteten, die durch Klopfzeichen zu erkennen gaben, daß sie noch am Leben waren, gestaltete sich infolgedessen schwierig und sehr langwierig.

Hinsichtlich der Ursache der furchtbaren Katastrophe ist die Bergbehörde der Ansicht, daß die Explosion des Dynamitlagers auf eine Sprengstoffentzündung zurückzuführen ist. Die Wetterführung sei ebenfalls in Ordnung gewesen. Der Fördersturm sei nach der Explosion in sich zusammengeknaut und auf das Verwaltungsgebäude gestürzt. Hier seien die ersten Toten geborgen worden, nämlich die Leichen eines Betriebsführers, eines Maschinenführers und einer im Verwaltungsgebäude beschäftigten Frau.

Die Unglücksstätte

Bot nach der Katastrophe ein Bild furchtbarer Verwüstungen und war nur auf Umwegen zu erreichen. Überall lagen Trümmer umher, und über den Schutthäufen standen dicke Rauchwolken, die sich nur langsam zerteilten.

So zwischen einem vierstöckigen Verwaltungsgebäude und dem fast ebenso hohen Maschinenhaus der Fördersturm stand, steht jetzt die dem Fördersturm zugewandte Außenmauer des Verwaltungsgebäudes nur noch soweit, als sie von den sie umgebenden Schuttmassen gehalten wird. Der Fördersturm hat sich, wie die Bergarbeiter erzählten, sofort nach dem unterirdischen Donnererschlag zur Seite geneigt und dabei einen Zementsockel beschädigt. Als dieser Block handhelt, knickte der Turm teilsweise ein und fiel auf das Verwaltungsgebäude, das gleichzeitig von der unterirdischen Explosion erschüttert und zum größten Teil in sich zusammengeknaut wurde. Der Schutthaufler fällt mehr als das Erdgeschloß und ermöglicht damit eine Vorstellung von dem, was sich unter der Erde abgespielt haben mag.

Die Augenzeugen

Schildern, wie sie plötzlich einen heftigen unterirdischen Donnererschlag verspürt hätten und wie dann aus dem Schachtanlagen bei Alsdorf eine pralle Stichflamme emporgeschossen sei, weit über den 30 Meter hohen Fördersturm hinaus! Alsdann hätten ungeheure Rauchwolken alles verdeckt.

Von den Auswirkungen der Katastrophe über Tage zeugen folgende erschütternde Einzelheiten: Ein Zug von Arbeitern, die von der Nachschicht nach Hause fuhren, befand sich im Augenblick der Explosion in etwa 100 Meter Entfernung und blieb dadurch von größerem Unheil verschont. Sie sahen aber, wie in einem dem Fördersturm besonders nahegelegenen Stapel Grubenholz ein Arbeiter mit solcher Wucht gegen die Balken gepreßt wurde, daß sein Körper die Balken genau in der Körperform verformte. Dem Unglücklichen wurde dabei der Kopf völlig verschmettert. An einer anderen Stelle fanden Sanitäter in etwa 300 Meter Entfernung von der Unglücksstätte eine einzelne Hand.

Nach Einsatz der Rettungsmannschaften galt die erste Hilfe den Unglücklichen, die in dem Schutthaufler über Tage unter wilden Schmerzensrufen nach Ret-

tung schrien. Von überall her wurden Ärzte, Medikamente und Tragbahnen herbeigeholt. Als die erste Panik vorüber war — die der unheimliche Knall unter dem Erdboden und die riesigen Stichflammen und Staubfontänen notgedrungen auslösen mußte — ergab sich, daß die schlimmste Wirkung der Explosion nach oben gegangen war, daß man also hoffen durfte, die Leute unter Tage bald heil wieder nach oben zu bringen. Die telefonische Verbindung nach unten funktionierte, auch von der 450-Meter-Sohle, der tiefsten des Schachts, kam Antwort. Die Einfahrt war allerdings nur auf die benachbarten Gruben Anna I und Adolf beschränkt, aus denen die Belegschaften vorsichtshalber zurückgezogen wurden.

Von diesen Gruben aus konnten schon eine Stunde nach der Explosion in kurzen Zeitabständen Mannschaften der von dem Unglück betroffenen Belegschaft zu Tage gefördert werden. Die Verletzten berieten von einem dumpfen Schlag und dem Einsturz der Gänge. Viele wußten zunächst gar nicht, weshalb der Befehl zum sofortigen Ausfahren gegeben wurde. Die elektrischen Kabel sind zerstört und die Ausfahrt, vor allem die Verbindung der einzelnen Stollen untereinander, wurde dadurch bedeutend erschwert.

Auf die Nachricht von dem furchtbaren Unglück hin eilten aus allen Dörfern Menschen, deren Gesichtszüge von Angst und Entsetzen beherrscht wurden, an die Stätte des Grauens, um Gewißheit über das Schicksal der Angehörigen zu erlangen.

40 Tote geborgen.

Die Feststellung der genauen Zahl der Opfer stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Einmal konnte man über die Auswirkungen der Explosion unter Tage nur langsam Klarheit gewinnen, dann kam hinzu, daß viele Bergleute nach ihrer Rettung sich sogleich nach Hause begaben, so daß man jeden Anhaltspunkt dafür, wie groß die Zahl der Eingekerkerten noch war, verloren hatte. Glanste man anfangs, mit einer Höchstzahl von 30 Toten rechnen zu können, so stellte sich später heraus, daß der Umfang der Katastrophe doch noch von größerem Ausmaß gewesen ist. Bereits in den ersten Nachmittagsstunden lagen 40 Bergleute tot auf der Bahre, waren 60 Schwerverletzte in die Lazarette eingeliefert worden.

Etwa 100 Tote in Alsdorf?

Auch zahlreiche Bergleute unter Tage der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Der Verlust an Menschenleben durch die Dynamitexplosion auf dem Wilhelmshafen der Grube Anna II ist nun doch noch ärdrer, als es anfangs zu

Stahlhelm antwortet Hervé.

Eine Erklärung des Bundesführers Seidte.

Anlässlich einer Kundgebung des Stahlhelm-Landes Hamburg nahm der erste Bundesführer Seidte Stellung zu einem Appell des französischen Journalisten Gustave Hervé, mit dem die ehemaligen Frontkämpfer aufgefordert wurden, gemeinsam für die Verabigung Europas zu arbeiten, unter Anerkennung der deutschen Forderungen. Bundesführer Seidte bemerkte dazu:

Diese ungeforderte Erklärung eines Gegners, mit uns einmal den Dingen ins Gesicht sehen zu wollen, eine deutsch-französische Verständigung zu versuchen, ist eine Auswirkung, die wir mit Ernst notieren. Wir sind nicht bereit, auf diese

erste und einzige Frühlingsschwalbe hin überrett zu antworten; wir werden uns überlegen, was wir antworten.

Aber wenn die Welt zur Erkenntnis kommt, welcher Fesseln in dem Versailler Friedensvertrag liegt, wenn sie bereit ist, deutschem Lebensrecht genüge zu geben, dann sind wir bereit, mit dieser Welt zu sprechen. Dann mag an die Stelle eines früheren Wortes „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ ein besseres und härteres Wort künftig lauten: „Frontsoldaten aller Länder, setzt euch zusammen und ordnet diese zerquetschte Erde!“ Wir werden gern mit den ehemaligen Feindern und Kämpfern zusammen kommen. Wir wollen den Sieg des deutschen Rechts und einen wahren Frieden auf der Erde.

Groener rechtfertigt sich.

Offener Brief an v. Oldenburg-Jaunshau.

Auf die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten v. Oldenburg-Jaunshau gegen den Reichswehrminister Groener in der letzten Reichstags Sitzung hat dieser in einem „Offenen Briefe“ geantwortet.

General Groener behandelt in dem Brief den Herrn v. O. als d. h. Auszeichnung von Soldaten mit Ehren. Dieser Erlaß richtete sich nur gegen Verleumdungen von außen und habe mit Denunziationen von Kameraden nichts zu tun.

Seine Notwendigkeit beweise die Tatsache, daß im Jahre 1929 150 Verleumdungen gemacht worden sind.

befürchten war. In den Nachmittagsstunden des Unglückstages stellte es sich heraus, daß auch unter Tage etwa 60 Bergleute der verheerenden Gewalt der Explosion zum Opfer gefallen sind. Damit war mit etwa hundert Toten zu rechnen! Die Zahl der Geretteten belief sich zu dieser Zeit auf 420 Mann.

Von den geretteten Bergleuten waren einige mit hellem Gesteinsstaub bedeckt, und man will daraus schließen, daß automatisch auch die Gesteinsstaubförmige in Tätigkeit getreten ist. Trotzdem reichte stellenweise die Wirkung der Explosion recht weit. Noch 250 Meter von der Unglücksstätte entfernt wurden Tote gefunden. Im Verwaltungsgebäude wurde ein Beamter, der vor dem offenen Geldschrank stand, mit solcher Gewalt gegen die Tür des Geldschanks gepreßt, daß er tot liegen blieb.

Noch 200 Bergleute unter Tage.

Das Sprengstofflager unverfehrt.

Die Verwaltung der Grube Anna II hatte, sobald die erste Verwirrung und Hülfeleistung es zuließ, die zutage geförderte Mannschaft zählen lassen und festgestellt, daß auf den Leitern des Unglückschachts vier Mann aus der 250-Meter-Sohle heraufgeklagen waren.

In den Krankenhäusern Bardenberg und Eschweiler befinden sich noch 72 Verletzte. Eingefahren waren 667 Mann und nach der Bergung der 422 noch mäßig festgestellten sind immer noch über 200 Mann eingeschlossen. Heber die Ausichten zu ihrer Bergung kann noch nichts gesagt werden, weil die Stollen teilweise eingestürzt sind.

Soweit sie noch bestehen, konnte ihnen bereits eine Stunde nach dem Unglück wieder Luft zugeführt werden, auch die Wasserzufuhr war wieder betriebsfähig.

Schon früh am Vormittag war es einem Betriebsführer, später auch einem Beamten der Bergaufsichtsbehörde und einem Direktionsmitglied gelungen, von Grube Anna I nach Anna II durchzugehen und bis zum Unglückschacht selbst vorzudringen. Sie konnten aber keine Anhaltspunkte über die Ursache der Katastrophe feststellen. Alle Annahmen über Kohlenstaub-, Sprengstoff- und Schlagwetterentzündungen sind bis auf weiteres bloße Vermutungen. Das Sprengstofflager auf der 30-Meter-Sohle, das allgemein als Herd der Katastrophe galt, ist noch unverfehrt vorgefunden worden.

Durch Selbsthilfe haben sich an einer Stelle 14 Mann retten können. Zwischen einem niedergegestürzten Stollenstück hatten 15 Mann eine Lücke mit ihren Jacken zugestopft, um das Eindringen der Brandgase zu verhindern. Von diesen fanden die Rettungsmannschaften 14 Mann noch lebend vor.

Das Beileid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat dem Regierungspräsidenten von Aachen telegraphisch sein Beileid ausgedrückt und die Hoffnung ausgesprochen, daß alle Eingekerkerten gerettet und alle Verletzten geheilt werden mögen. Den Hinterbliebenen der Opfer hat er seine Teilnahme ausgesprochen.

Der Reichskanzler, der Reichsarbeitsminister und zahlreiche auswärtige Regierungen haben ebenfalls der Grubenvverwaltung ihr Beileid ausgedrückt.

Verheerende Feuersbrunst in einem Tiroler Kurort.

— Trient, 22. Oktober. Nachts sind in der Ortschaft Nabb, einem Kurort im Oberen Sulztal, durch eine Feuersbrunst 30 Häuser zerstört worden. Aus den Trümmern wurde ein Toter geborgen; zwei Feuerwehrlente wurden verletzt.

kommunistisches Zerkungsmaterial an die Wehrmacht heranzubringen, eine Zahl, die im Jahre 1930 vor-

Der Minister weist dann die Angriffe zu dem Fall der 11. mer Offiziere zurück, der zunächst disziplinarisch erledigt werden sollte; es zeigte sich aber, daß die beiden Offiziere bei ihrer Vernehmung durch die Vorgesetzten wesentlich die Unwahrheit gesagt hatten. Hierdurch mußte der Eindruck entstehen, daß es sich um eine Angelegenheit handelte, zu deren Klärung die Mittel des Reichswehrministeriums nicht ausreichten. Die Offiziere wären auch nicht angeführt der Mannschaften verhaftet worden, sondern abseits der Front.

Wenn Herr v. Oldenburg-Jaunshau dem früheren Wehrminister Gehler und dem Generalobersten v. Seeckt Anerkennung zolle, so heißt es weiter, dann seien auch diesen Herren während ihrer Amtsführung Unseindungen nicht erspart geblieben. Zum Schluß des Briefes heißt es:

„Ich stimme mit Ihnen vollkommen darin überein, daß die Reichswehr verloren ist, wenn die Basis der Disziplin, der Kameradschaft, der Ehre und des Wehrwillens verlassen wird. Das deutsche Heer ist nicht das scharfe und gehorsame Werkzeug eines Staates gewesen; als solches gedente ich es trotz aller Anfeindungen, woher sie auch kommen, zu erhalten.“

Eine zeitgemäße Mahnung.

Keine überflüssigen Feiern!

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, hat einen Aufruf erlassen, in dem er die Bevölkerung auffordert, mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage von lärmenden und überflüssigen Feiern abzusehen. Was für den einzelnen gelte, das müsse sinngemäß auch für Klubs, Vereine und Korporationen aller Art gelten. Wenn Feiern nicht ganz vermieden werden können, dann sollen sie schlicht, einfach und kurz sein.

„Im übrigen“, so schließt der Aufruf, „sollen wir uns darüber klar sein, daß wir mit Seiden und Schimpfen die Lage nicht bessern können. Wir wollen uns noch einmal fest in die Stränge werfen. Wie wollen vor allen Dingen aber den Glauben an eine bessere Zukunft nicht verlieren.“

Tribut-Dämmerung.

— Berlin, 22. Oktober.

Die Verhandlungen im Deutschen Reichstag und die Unterredungen des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Herbert Hoover sowie den Staatssekretären Stimson und Mellon — das sind die amerikanischen Minister des Auswärtigen und der Finanzen — haben die ungelösten Fragen der Tribute und der alliierten Kriegsschulden noch mehr in den Vordergrund treten lassen.

Wie bei seinen Vorträgen im Kreise der amerikanischen Bankiers hat Dr. Schacht auch bei seinen Unterredungen mit Hoover, Stimson und Mellon darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen im Juni 1929 die Sachverständigen in Paris ihr Gutachten aufgebaut haben, durch die tatsächliche Entwicklung überholt worden sind! Was 1929 die deutschen Sachverständigen als möglich befürchteten, die Unerfüllbarkeit des Youngplans, das ist jetzt für alle zur Gewissheit geworden.

Im wesentlichen wird Dr. Schacht also die führenden Männer der Vereinigten Staaten vertraulich darauf vorbereitet haben, daß die Reichsregierung in nicht sehr ferner Zeit einen Zahlungsausschub und eine Herabsetzung der Tributleistungen beantragen muß. Interessant wäre es nun, festzustellen, welche Aufnahme Schacht mit seinen Vorträgen gefunden hat. In den Kreisen der amerikanischen Regierung verhält man sich stillschweigend, doch ist das Angebots der Praxis des Schachts eher als günstig zu betrachten. Verständnis für die deutsche Kreditförmigkeit atmen die Artikel, mit denen die amerikanische Presse die Schacht-Reise begleitet.

Ja, es gibt sogar Optimisten, die soweit gehen, dem amerikanischen Schacht selbst vorbereitende Arbeiten für einen fünfjährigen Ausschub aller Tribut- und Kriegsschuldenzahlungen zuzuschreiben. Zur Erklärung ihrer Behauptungen verweisen diese Optimisten jetzt auch auf eine Äußerung, die der Vorsitzende des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses, Louis Mac Kadden, dem Vertreter einer Handelszeitung gegenüber gemacht hat und in der es hieß, es sei jetzt an der Zeit, an die Revision des Youngplans heranzugehen. Neue Auslandsanleihen an Deutschland würden nur die Lösung erschweren und verzögern. Sofort notwendig sei ein Zahlungsausschub oder eine Herabsetzung der Zahlungen. Da aber die ehemaligen Verbündeten nur dann Deutschland Zugeständnisse machen würden, wenn sie selbst weniger an Amerika zu zahlen brauchten, sei der einzige Ausweg der, daß Amerika eine großzügige Haltung zeige.

Man kann also ernstlich damit rechnen, daß die Vereinigten Staaten ohne große Mühe die Notwendigkeit einer Neuordnung der Tributfrage einsehen werden. Eine andere Sache ist es freilich, ob die Zugeständnisse, zu denen Washington bereit sein wird, ausreichend sein werden, um wenigstens jetzt eine endgültige Regelung dieser Fragen zu ermöglichen. Denn schließlich genügt es nicht, einem neuen Plan den Charakter eines endgültigen zu verleihen, sondern es gilt, eine Lösung zu treffen, die tatsächlich endgültig ist und die in absehbarer Zeit zu einer Vereinigung der finanziellen Kriegsschulden führt.

Abgesehen von den Vereinigten Staaten nehmen auch die englischen und französischen Zeitungen Anteil an der Weltdiskussion über Zahlungsausschub und Zahlungsverminderung. So schreiben heute „Financial Times“, die Kriegs- und Reparationsschulden ständen einer Erholung der Welt im Wege, und ein anderes englisches Finanzblatt, „Financial News“, weist insbesondere auf die Hindernisse, die die Reparationen gerade auch dem amerikanischen Ausfuhrhandel bereiten. Ablehnend äußern sich dagegen die französischen Blätter, die von einer Neuordnung nichts wissen wollen, weil Frankreich bei der jetzigen Regelung sein Auskommen hat! Im übrigen trösten sich die Pariser Zeitungen damit, daß vorerst die Diskussion über eine Abänderung des Youngplans nur von theoretischer Bedeutung ist.

Alles in allem ergibt sich somit, daß der Gedanke einer Revision des Youngplans in den letzten Wochen

beachtliche Fortschritte gemacht, sich gleichzeitig aber auch gezeigt hat, welche Widerstände auch heute einer endgültigen Lösung der Tributfrage entgegenstehen.

Die andere Seite.

In Nr. 246 des „Aufwärts“ v. 19. Oktober kommt zum Thema „Reichstagspräsidentenwahl“, bei der die Volksdienstleute für den Sozialdemokraten Lobe stimmten, die Aufschrift eines Volksdienstwählers zum Ausdruck, in der derselbe der Meinung Ausdruck gibt, daß „die von dem Abgeordneten Kippel abgegebene Erklärung keinen der Volksdienstwähler befriedigen wird“, dieselbe „wirke vielmehr wie eine Brückierung der eigenen Wähler, welche sich bestimmt zum allergrößten Teil aus kirchlich eingestellten Menschen zusammensetzt“. Das allerletzte ist unbedingt richtig, aber gerade im ausdrücklichen Namen und im Auftrage einer größeren Zahl von Volksdienstwählern, die auch „kirchlich eingestellt“ sind, vermutlich sogar im Sinne von ganzen Landesgruppen des Volksdienstes, kann ich erklären, daß uns die Erklärung des Abgeordneten Kippel außerordentlich befriedigt hat. Wir wären sogar aufs tiefste enttäuscht gewesen, wenn sich die Reichstagsabgeordneten des Volksdienstes anders entschieden haben würden.

Stolzmann-Defer.

Georg Sinn.

Tagung der Landgemeinden.

Für Mitte November einberufen. — Für Erweiterung und Beschleunigung der Dithilfe.

Unter Leitung des Vorsitzenden Staffehl hielt der Gesamtvorstand des Verbandes der preussischen Landgemeinden im Reichstag eine Sitzung ab. Erörtert wurden das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und die steigenden Wohlfahrtslasten der Landgemeinden.

Präsident Dr. Gerke-Pressel brachte die kritische Stellungnahme der Landgemeinden gegenüber den durch Notverordnung zur Durchführung bestimmten Maßnahmen eingehend zum Ausdruck. Nach Abschluß der Aussprache wurden entsprechende Entschlüsse angenommen. Dabei wurde u. a. die Wiederinanspruchnahme des Gesetzes zur Minderung des Volksschul-Lehrer-Besoldungsgesetzes vom 1. Mai 1928 dringlich gefordert. Mit besonderem Nachdruck wurde im weiteren darauf hingewiesen, daß die Dithilfe nur dann der bedrohten Wirtschaft Rettung bringen könne, wenn sie sofort und mit wesentlich höheren Mitteln nach einem Organisationsprogramm auf längere Dauer durchgeführt werde.

Von der Einberufung eines großen Landgemeindetags wurde mit Rücksicht auf die Notlage des Landes abgesehen, dagegen soll am 21. November im Reichstagsgebäude eine Delegierten- und am 22. November ein Vertretertag abgehalten werden.

Der Arbeitsminister zum Streit in der Berliner Metallindustrie.

— Berlin, 22. Oktober. Im Lohnstreit der Berliner Metallarbeiter hat der Reichsarbeitsminister die Parteien auf den 23. Oktober zu Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches eingeladen.

Polizei verbietet Hungermärsche.

— Dortmund, 22. Oktober. Der von der A.P.D. für Donnerstag, den 23. Oktober, angekündigte sogenannte Hungermarsch auf Dortmund ist vom Polizeipräsidenten von Dortmund für seinen Bezirk verboten worden.

Gefangennahme christlicher Priester in China.

Chinesische Kommunisten haben den italienischen Bischof Agnani sowie sechs Priester und zehn Nonnen, teils italienischer, teils französischer und chinesischer Nationalität, in K'ün in der Provinz Kiangsi gefangen genommen. Zwei der Priester wurden getötet. Agnani und

ein anderer Priester wurden freigelassen, damit sie unter das Obgleich für die anderen Gefangenen verhandeln können.

Im Hungerstreik.

In Lemberg hungern 141 politische Gefangene. Wie das führende Blatt des östgalizischen Ukrainiums, der Lemberger Dilo, meldet, sind die 141 politischen Gefangenen des polnischen Gefängnisses Bezegany in den Hungerstreik getreten. Die Streikenden verlangen Einsetzung eines neuen Untersuchungsrichters, da mit Rücksicht auf die große Zahl der Gefangenen ein Richter nicht genügt. Weiter fordern sie, daß jene Gefangenen freigelassen werden sollten, für die die Untersuchung keinerlei Schuld beweise geliefert hat.

Handgranaten gegen Dorfschulzen.

Im östgalizischen Dorf Wierzbice wurde von einem unbekannten Ukrainer gegen die Wohnung des Dorfschulzen eine Handgranate geworfen, weil der Gemeindevorsteher das Eigentum der ukrainischen Genossenschaft an die Behörden ausliefern ließ. Die von der Polizei eingeleitete Untersuchung hat bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Dichterabend Christoph Wieprecht, Essen.

Am Sonnabend, den 18. Oktober, fand in der Aula der Cecilienschule der Christop-Wieprecht-Abend statt, veranstaltet vom Christlichen Metallarbeiterverband, Bielefeld. Der Dichter las aus eigenen Werken. Es war ein Erlebnis, diesen Mann zu hören, der aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist und der es ausgezeichnet verstand, sein inneres Erleben, das Erleben des Arbeiters überhaupt, in schlichter und packender Weise kundzugeben. Hervorzuheben sind die Gedichte: „Das Kleinste“, „Der Feuerarbeiter“, „Heute ist Sonntag“, „Werksgemeinschaft“. Ein zahlreicher Zuhörerkreis dankte ihm und seiner Tochter, die den weiteren Abend durch Rezitationen ausfüllte, durch lebhaften Beifall. Umrahmt wurde der Abend von musikalischen Darbietungen, ausgeführt von den Mitgliedern des Bielefelder Stadttheaters, Frau Hilbe Wild-Geer, Herrn Spielleiter Leon Geer und Herrn Kapellmeister E. Reiger, die sich in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt hatten. Herr Gewerkschaftssekretär Hiemisch, Bielefeld, leitete den Abend durch eine kurze Begrüßung ein. Zugleich konnte er 8 Jubilare zu ihrer 25-jährigen Zugehörigkeit zum Christl. Metallarbeiterverband, Bielefeld, beglückwünschen. Alles in allem ein wohlgelungener Abend.

Bethel.

— Symphonie-Konzert des Bethelorchesters am Mittwoch, dem 22. Oktober, abends 8.15 Uhr im Affapheum unter Leitung des Musiklehrers Herrn Paul von Hagen, am Klavier Herr Karl Ronger. Eintrittsprogramm 25 Pf.

— Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in Gosen Blaukreuzstunde.

Jeder ist herzlich eingeladen.

— Christlicher Verein junger Männer, Donnerstag 8 Uhr Jungvolkabend.

Freitag 8 1/2 Uhr Bibelstunde. Gäste willkommen.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr Kreiskonferenz im Jakobus-Gemeindehaus.

Anzeigen aus Bethel.

— Wer erteilt in Bethel einem jungen Mädchen Unterricht in Deutsch und Rechnen? Offerten unter B 788 an die Geschäftsstelle des Aufwärts.

Haustochter

au pair aus echt christl. Hause findet liebevolle Aufnahme und gründl. Einarbeitung in jg. Haush. auf Geflückfarm bei Berlin. Mitte November.

Frau Dr. Weise, Potsdam-Hermannswerder.

Kur-Anstalt
Erholungsheim
vegetarisch und
Reinhold
Eberl
Benneckenstein-Hochhaus
unweit Braunlage
Pastor Felckekuren. Prosp. freil.

Einf. Fräulein, 31 Jahre, in allen Zweigen des Haushaltes erf. (Kochen, Nähen, Plüden) sucht

Stelle

auch zur Aushilfe. Angeb. unter A 7167 an d. Geschäftsst. d. BL.

Suche für meine Tochter, 21 J., Lyg.-Bildung

Stellung

als Haustochter in fröhli. gläub. Hause, um i. Kennnt. i. d. Küche zu erw. Hat 1 J. d. Fröbelsch. besucht und 1/2 J. Kochen gelernt. Freundschaftliche Angebote an

C. Liebermann-Boche, Essen-Margaretenhöhe, Hohlweg 123.

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

E. Münch
Brackwede
Hauptstraße 81
Ruf 2426
Seit 1886

ZentRa-Uhren
Die Garantie-Uhr
deutscher Uhrmacher
Platura Bestecke
Schmuck
Uhren aller Art
Moderne Augenoptik
Sonnenschutzbrillen

Anerkannter Lieferant
sämtl. Krankenkassen

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunen-rufen“ — Seite 20-26
Katalog und Preisliste gratis.

Vorzüglichen Erholungs-
aufenthalt bietet das im Weser-
bergland gelegene

Erholungsheim im Solling bei Dassel.

Sehr schöne Höhenlage inmitten herrlicher Laub- u. Nadelwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Mäßige Preise. Prospekte kostenlos. Anfragen an Sekretär Friedrich Gramm.

Betten
Schlafzim.
Küchen, Polster, Chaisel, an jeden Teils.
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Hochgebirgs- Sonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Erholungsheim Hasliberg (Bern Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Haustöchtern. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bobrus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

**Bienen-
Blüten-
Honig.**

10 Wd. Dose 10.00 RM, vorwiegend
Klee-Blütenblüte 12.00 RM, halbe
Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Wd.
Dose 2.00 RM und 2.50 RM frei Haus.
Nächst. 30 Wd. mehr. Ger. Aufnahm.
W. Krieger, Borgegn 2. Str. 20. H.
Dieser Honig ist auch in Bethel
vereinigter Verkaufsstellen der Anstalt
Bethel, zu haben.



**Seifix wäscht u. bleicht
unerreicht**

Waschen Sie nur mit Dr. Thompson's Seifenpulver, geben Sie der Waschlauge i Paket Seifix zu, ebenso zum Klarspülen dem ersten heißen Spülwasser. Der Erfolg — frischduftende, blütenweiße Wäsche — bereitet Ihnen Freude.

Seifix
wird hergestellt in den
Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver
G. m. b. H., Düsseldorf, Herstellerin der guten Schwan-
Fabrikate

Nr. 250.

Gott, weil e
Ach, daß wir

Der deut

Jahrelang h
führer der Ar
Reparationsfrag
aktuell, wenn
Zahlungsverpfl
ungen und au
Allerdings hab
werkstätten im
Tagung im Ein
Länder eine C
tionsverpflichtu
vom April 192
lösung vom gle
renden Gewer
belastung Deut
richt hieß es n
Belastung nach
nicht dazu zw
unter die Leben
her herunterzu
ben die Führer
demokratischen
an der Einstellu
pflichtung im G
chen“ sei.

Nun hat der
Gewerkschaften,
bundes, am 12.
in welcher der
Teil der Schuld
über die allgem
krise heimgesuch
daß es unbillig
Renten für die
der Verbändlän
gen hätten bere
gedeckt, welche
bau der zerstör
ADGB-Ausschuß
rung das förmli
über die Revisio
rer der freien G
sebesprechung m
der Reichsregier
Borgehens auf
tuge Wiederauf
rer der freien
für möglich.

Man soll sich
kommt. Erst die
mocht, die beru
Teile der Arbeit
doch wahrlich n
deutschen öffent
auf Kosten der
ten, in neue Sch
führfähigkeit ge
eine so starke A
schaft verschafft
gehalten, die un
ausländischen R
parationsbelastu
wie der Verlust
gewesen, die nu
ternehmer, die
kannt worden
Wenn man jetzt
und politischen
heit benutzen w
geltenden Repa
merhin ein tröst
führer der G
falsche Anschau
auszuräumen u
international vorz